

12. März 2018 | Nr.

Haußmann: Bund und Land müssen bei der Sicherstellung der ärztlichen Versorgung aktiv werden

Zur Meldung, wonach die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg und die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft im Rahmen einer gemeinsamen Landespressekonferenz darauf hingewiesen haben, dass die ambulanten Patienten Einschränkungen hinnehmen müssten sowie die Eckpunkte eines Masterplans hausärztliche Versorgung vorgelegt, sowie auf die Verwerfungen im Solidarsystem zu Lasten der baden-württembergischen Krankenhäuser hingewiesen haben sagte der gesundheitspolitische Sprecher der FDP/DVP Landtagsfraktion **Jochen Haußmann**:

„Bund und Land müssen den Weckruf von Kassenärztlicher Vereinigung und baden-württembergischer Krankenhausgesellschaft ernst nehmen. Es ist jetzt fünf vor zwölf für die Sicherstellung einer guten Versorgung auch in Zukunft. Es muss nun darum gehen, die richtigen Weichen zu stellen und sich nicht in Nebenschauplätzen zu tummeln, wie das die neue Bundesregierung mit der Kommission zur Frage einheitlicher Gebührenordnungen oder Ausdehnung der Aufgaben von Terminservicestellen angeht. Das Land soll die Anzahl von Medizinstudienplätzen erhöhen. Es muss dringend an einem Masterplan Bürokratieabbau gearbeitet werden. Es ist nicht mehr länger haltbar, dass ein Arzt sich mit rund 80 Formularen herumschlagen muss. Die Chancen der Digitalisierung sind auch hier endlich beherzt anzugehen. Neue Versorgungsformen entstehen und geben Antworten auf die Frage der Vereinbarkeit von Arztberuf und Familie. Nur über eine Wiederherstellung der Attraktivität des Arztberufs kann es gelingen, dass es auch in Zukunft im Land eine flächendeckende hochwertige Versorgung gibt. Ich begrüße sehr, die im Masterplan hausärztliche Versorgung vorgestellten Initiativen. Im Hinblick auf die Krankenhäuser sage ich seit Langem, dass es nicht angehen kann, dass wir aus Baden-Württemberg in das bundesweite Solidarsystem deutlich mehr einzahlen und am Ende unsere Kliniken aufgrund des höheren Kostenniveaus im Land schlechter aufgestellt sind als die Nehmerländer. Diese Verwerfungen müssen endlich zum Beispiel durch Regionalfaktoren ausgeglichen werden.“